

L-2NEU Für Sicherheit, gegen Aufrüstung

Gremium: 1. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 16.07.2022
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Am 27. Februar, nur 5 Tage nach Ausbruch des Krieges, verkündete Olaf Scholz als
2 Antwort auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine die Einrichtung eines
3 Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr.

4 Diese Gelder helfen jedoch der Ukraine in der Verteidigung gegen den russischen
5 Angriff nicht unmittelbar. Wie mit dieser langfristigen Aufrüstung,
6 beispielsweise der Anschaffung von bewaffneten Drohnen, der Ukraine konkret im
7 Hier und Jetzt geholfen werden soll, bleibt unklar. Statt sich einer ehrlichen
8 Debatte über Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine und die Verteidigung der
9 osteuropäischen Demokratien zu stellen, soll jetzt die Bundeswehr im
10 Hauruckverfahren aufgerüstet werden.

11 Rechtsradikale lassen ungestört Waffen aus Bundeswehrbeständen verschwinden, es
12 fehlt an Unterwäsche und Helmen und Berater*innen verdienen sich an der
13 Bundeswehr eine goldene Nase. Diese Probleme sind durch ein Mehr an Geld nicht
14 zu beheben. Bei den 100 Milliarden droht ein erneutes Debakel aus unklaren
15 Geldströmen. So gehen aktuelle Studien davon aus, dass bis zu einem Drittel der
16 100 Milliarden erneut versickern könnten. Wir haben ein Struktur-, kein
17 Geldproblem in der Bundeswehr.

18 Eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr ist nachvollziehbar, aber eine
19 Aufrüstungsspirale muss verhindert werden.

20 Nicht das Geld fehlt, sondern der politische Wille!

21 Aber was mehr als alles andere an der Einsetzung des Sondervermögens deutlich
22 wurde:
23 Wenn darüber gesprochen wird, dass kein Geld für Hartz -IV-Beziehende da ist,
24 kein Geld für die Sanierung von Schulen, oder für kostengünstigen ÖPNV, dann ist
25 das schlicht gelogen. Denn es fehlt offensichtlich nicht am Geld, sondern
26 lediglich am politischen Willen. Während jetzt 100 Milliarden für Rüstung
27 ausgegeben werden sollen, schlittern wir im nächsten Herbst und Winter
28 ungebremst in eine soziale Notlage. Die Lebensmittelpreise werden immer teurer,

29 Mietkonzerne wollen die Miete noch weiter erhöhen und die Angst vor der nächsten
30 Heizkostenabrechnung ist jetzt schon allgegenwärtig. Reiche werden reicher, Arme
31 werden ärmer. Und der Staat greift nicht zu den Mitteln, die notwendig wären, um
32 das zu ändern. Wir haben als Grüne Jugend in den letzten Wochen und Monaten
33 gemeinsam eine starke Kampagne auf die Beine gestellt. Mit unzähligen
34 Ortsgruppen und Bündnispartner*innen waren wir auf den Straßen und Marktplätzen
35 und sind ins Gespräch gekommen mit unseren Nachbar*innen, Kolleg*innen und
36 Passant*innen. Auch wenn das Sondervermögen nun im Bundestag beschlossen wurde,
37 haben wir im Prozess der letzten Wochen viele kleinere und größere
38 Auseinandersetzungen gewonnen und dabei eins klar gemacht: Die Grüne Jugend ist
39 eine verlässliche Bündnispartnerin im Kampf gegen Aufrüstung und für echte
40 soziale Sicherheit.

41 **Probleme in der Bundeswehr endlich anpacken**

42 Dass Milliarden in die Bundeswehr gesteckt werden, ohne dass etwas an deren
43 Strukturen geändert wird, darf unter keinen Umständen passieren. Eine
44 Bedarfsprüfung der Bundeswehr und eine Reform des Beschaffungswesens muss
45 umgehend geschehen. Dabei müssen auch die Bereiche der Cybersicherheit als auch
46 des Katastrophenschutzes mitgedacht und gestärkt werden. Ein endgültiges
47 nachhaltiges Zerschlagen aller rechter Netzwerke in der Bundeswehr sowie die
48 Verhinderung von neuen rechten Strukturen muss besondere Priorität einnehmen.

49 Sicherheit ist mehr als Militär. In Zeiten multipler Krisen braucht es einen
50 erweiterten Sicherheitsbegriff. Dieser hat für uns verschiedene Facetten:

51 **Menschenrechte international schützen**

52 Wir brauchen mehr Gelder für die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die
53 1:1 Regel aus dem Koalitionsvertrag, nach der jeder Euro, der in Rüstung fließt,
54 auch in die Entwicklungszusammenarbeit fließt, muss eingehalten werden! Es muss
55 internationale Bekämpfung von Fluchtursachen geben. Menschen verlassen ihre
56 Heimat, weil ihre Lebensgrundlage durch Kriege, Ausbeutung und Klimawandel
57 zerstört wird. Waffenlieferungen aus Europa sind für die Vertreibung von etwa
58 1,1 Millionen Menschen in Kriegsgebieten verantwortlich. Statt Gelder in die
59 Bekämpfung und Verhinderung dieser menschengemachten Krisen zu stecken, werden
60 als Antwort auf die Fluchtbewegung die EU Außengrenzen schon seit Jahren
61 hochgerüstet. Auch hier funktioniert Sicherheit anders! Das bedeutet im
62 Angesicht der Klimakrise zum Beispiel, dass Industrieländer Geld zur sofortigen
63 Finanzierung des internationalen Klimafonds bereitzustellen.

64 **Energieunabhängigkeit schafft Sicherheit**

65 Die Energiepreiskrise zeigt erneut auf harte Weise, dass die Abhängigkeit von

66 fossilen Energien aus Russland oder Katar beendet werden muss. Erst dann kann
67 Energiesicherheit mit niedrigen Preisen erreicht werden. Ob beim Heizen, beim
68 Tanken oder beim Blick auf die Aktienkurse von Rüstungskonzernen - dieser Krieg
69 kennt viele Verlierer, aber zugleich auch Gewinner. Unternehmen nutzen die
70 Situation, um ihre Profite weiter zu erhöhen. Dem muss ein Riegel vorgeschoben
71 werden, beispielsweise in Form einer Übergewinnsteuer.

72 **Sicherheit ist eine soziale Frage**

73 Die Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. Hier ist es die Verantwortung des
74 Staates, einzugreifen und soziale Härten konsequent abzufedern. Dafür braucht es
75 Finanzierungsspielräume, damit nicht nur die akute Preissteigerung ausgeglichen
76 werden kann, sondern gerade auch die, die im Herbst und Winter noch auf uns
77 zukommen wird. Dafür muss die Schuldenbremse auch 2023 ausgesetzt werden! Die
78 ersten beiden Entlastungspakete sind erste Schritte in die richtige Richtung,
79 doch dabei darf es nicht bleiben. Einmalzahlungen wie die Heizkostenpauschale
80 sind richtig und notwendig, jedoch braucht es auch strukturelle Antworten. Ob
81 ein regelmäßiges Klimageld, eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze
82 sowie eine armutsfeste Ausbildungsvergütung - die soziale Frage ist die zentrale
83 Frage, wenn es um Sicherheit geht. Vermeintlich soziale Maßnahmen wie ein
84 Tankrabatt, von dem vor allem Mineralölkonzerne profitieren, lehnen wir ab.
85 Stattdessen braucht es Maßnahmen, die dort entlasten, wo die Entlastung
86 gebraucht wird. Niemand sollte am Essen sparen oder in Sorge vor der
87 Nebenkostenabrechnung leben müssen!

88
89 Die vom Kanzleramt ausgerufene konzertierte Aktion soll Antworten auf die
90 soziale Krise liefern. Die Forderungen nach einem Sofortzuschlag im Gegenzug zu
91 niedrigeren Tarifabschlüssen lehnen wir ab. Die Ursachen für die steigende
92 Inflation sind vielfältig, von Coronakrise bis Ukrainekrieg. Der Verweis auf
93 eine mögliche Lohn-Preis-Spirale ist vor diesem Hintergrund absurd und wie so
94 häufig bloß ein Scheinargument, um Kapitalinteressen vor den Folgen dieser
95 Krisen zu schützen und diese auf die Bevölkerung abzuwälzen. Hohe
96 Tarifabschlüsse sind notwendig, um einen Reallohnverlust zu verhindern. Wir
97 stehen solidarisch an der Seite der Gewerkschaften! Auch der Staat muss seiner
98 Verantwortung gerecht werden: Diejenigen, die nicht von hohen Tarifabschlüssen
99 profitieren, müssen durch absichernde Zahlungen unterstützt werden. Dazu zählen
100 Studierende, Rentner*innen und Menschen, die Hartz IV und Arbeitslosengeld
101 beziehen.

102
103 Die gedrosselten Gaslieferungen der Pipeline Nord Stream 1 werden die
104 Preissteigerungen massiv verschärfen. Der Zugang zur Energieversorgung ist ein
105 Grundrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Schon jetzt ist aber klar,
106 dass die Preise im Herbst weiter explodieren werden. Wir schließen uns der
107 Forderung eines Energiepreisdeckels an, welcher für den Grundbedarf an Energie
108 einen bezahlbaren Preis garantiert und darüber hinaus in nicht notwendigen
109 Bereichen zum Energiesparen animiert. Das ist sozial und ökologisch sinnvoll.

110 Kein Mensch darf durch steigende Energiepreise in eine Lage geraten,
111 letztendlich in einer kalten Wohnung sitzen oder diese aufgrund von zu hohen
112 Energieschulden gar verlieren. Deswegen setzen wir uns für ein Verbot von Strom-
113 und Energiesperren und ein Moratorium auf Mietkündigungen ein, wenn Haushalte
114 nicht in der Lage sind, die hohen Rechnungen zu bezahlen. Langfristig braucht es
115 Reformen in der Tarifynfrastruktur der Energieversorgung.. Wer weniger
116 verbraucht, sollte weniger zahlen!
117 Soziale Sicherheit für alle im Herbst und Winter ist die Voraussetzung dafür,
118 dass die notwendige Solidarität mit den Ukrainer*innen in der Bevölkerung
119 aufrecht erhalten werden kann.

120 Die Krisen, in denen wir uns befinden, sind Ausdruck globaler Ungleichheit und
121 eines Wirtschaftssystems, welches Mensch und Natur ausbeutet und zur Konkurrenz
122 zwingt. Sicherheit zu schaffen bedeutet auch, auf eine Wirtschaftsweise
123 hinzuarbeiten, in der nicht Viele leiden müssen, damit Wenige gewinnen!

124 **Blicken wir nach vorn!**

125 Auch wenn das Sondervermögen beschlossen ist, werden wir uns als Grüne Jugend
126 nicht geschlagen geben, sondern weiter für all jene Anliegen kämpfen, die
127 tatsächliche Sicherheit schaffen. Die soziale Flanke der Ampel-Regierung wird
128 sich nicht von alleine schließen. Wir müssen uns für unsere Interessen selbst
129 stark machen!
130 Gemeinsam werden wir als Grüne Jugend weiterhin die Menschen auf die Straßen
131 bringen und den Widerstand organisieren. Wir werden die Politik der Ampel weiter
132 kritisch begleiten und den Druck auf den Straßen weiter erhöhen, denn die
133 parlamentarische Arbeit hat ihre klaren Grenzen. Wir als Linke haben jetzt die
134 Verantwortung zu zeigen, wie soziale Politik für die Vielen mit den Vielen
135 gelingen kann.

136 Das wird unsere Aufgabe bleiben in den kommenden Wochen und Monaten.
137 Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen, mit den Landesverbänden und vor
138 allem - unserem Herzstück - den Ortsgruppen.